

(Die Konzertinstitute gegen die Lustbarkeitssteuer.) Das Präsidium der Gesellschaft der Musikfreunde, der Wiener Konzerthausgesellschaft, des Wiener Konzertvereines und des Wiener Tonkünstlerorchesters beriefen für vorgestern die Vertreter verwandter Vereinigungen, der Konzertbureau, der Gesangsvereine und der Musikerverbände zu einer Versammlung in den Kammermusiksaal, um gegen die vom Magistrate vorgeschlagene Einführung der Lustbarkeitssteuer für Musikaufführungen Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Vizepräsident Dr. Ernst Kraus. Dr. Kamillo Müller führte u. a. aus: Mit der Einbeziehung der Musikaufführungen in die Steuer sollen nach dem Motivenbericht der Vorlage nur „vermögende Bevölkerungsschichten“ getroffen werden, während Veranstaltungen des Gast- und Kaffeehausgewerbes frei bleiben. Die Annahme, daß die Konzertsäle Versammlungsstätten der „vermögenden“ Bevölkerungsschichten seien, treffe keineswegs zu. Die Abgabe von zwei Prozent für „ermäßigte“ Karten und Freikarten würde eine schwere Beeinträchtigung des Konzertbetriebes bedeuten. Redner weist auf eine Eingabe hin, in welcher sich die Gesellschaft der Musikfreunde gegen die Einführung einer Lustbarkeitssteuer für Musikaufführungen ausspricht und dafür eintritt, daß folgende Musikaufführungen

von der Steuer ausgenommen werden: 1. Die Musikaufführungen von Vereinigungen, die die Förderung der Musik ohne Absicht auf Gewinn zum Gegenstand haben. 2. Musikaufführungen, die unmittelbar Musikbildungs- oder Unterrichtszwecke verfolgen. 3. Die Wohltätigkeitsveranstaltungen. Dr. Müller beantragte die Annahme einer in diesem Sinne gehaltenen Resolution. Namens der Konzertdirektionen hob Herr Hugo Knepler hervor, daß die Lustbarkeitssteuer für die Konzertbureau eine Katastrophe bedeuten würde. Wenn ein Bureau z. B. jährlich 100.000 Kronen Umsatz erzielt, müßte es 40.000 Kronen als Steuer abgeben, und dadurch wäre es gezwungen, den Betrieb einzustellen. Es sprachen noch die Herren Oberinspektor Fischmeister, Rat Artaria, der Vorstand des Akademischen Wagner-Vereines Juritsch und Hofrat Hermann. Vizepräsident Dr. Kraus betonte in seinem Schlußwort, daß für Wien die Musik kein Luxus sei. Sie sei der Bevölkerung angeboren und anerzogen, die Musik bedeute für Wien unendlich viel. Daher sei auch vom kulturellen Standpunkte ein Erfolg der Aktion gegen die Luxussteuer sehr erwünscht. Die beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen.